

# Zeitungs



## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Deutschland

Verleitet an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Erhöhe des Blattes beträgt in Stadt und Land 3000,00 Mark, durch die Post gegen Einsendung 11000,00 Mark. In anderen Bezugsstellen abgeholt 15000,00 Mark monatlich. Das Jahrgeld beträgt 100,00 Mark. Einzelhefte 3,00 Mark. In den auswärtigen Bezugsstellen 5,00 Mark. In den auswärtigen Bezugsstellen 5,00 Mark. In den auswärtigen Bezugsstellen 5,00 Mark.

# Schwere Streitunruhen in Breslau.

## Die Antwort fertig.

London, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Entwurf der britischen Antwortnote an Deutschland und der Belegbrief sind im Verlaufe des letzten Londoner Kabinettsrates fertiggestellt worden. Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß beides noch gestern an die alliierten Regierungen abgehen wird, Sonnabend in deren Händen liegen wird. Der Londoner Korrespondent des „Times“ teilt mit: Das Kabinett soll außer den drei genannten noch über ein vierstes Dokument beraten haben, nämlich einen Brief an die amerikanische Regierung, worin darauf hingewiesen werden soll, wie wünschenswert es wäre, wenn sich die Vereinigten Staaten schon jetzt den Alliierten für die Lösung der europäischen Probleme anschließen würden. Der Korrespondent schreibt weiter, daß in London grundsätzlich der Ansicht ist, daß das Kabinett werde das deutsche Geschäft veranlassen, wonach die Ruhr als Kompensation für die Einstellung des passiven Widerstandes geräumt werden sollte. Die optimistische Stimmung, die in den letzten Tagen von offizieller Seite in Paris und London künstlich erzeugt wurde, hat in gutunterrichteten Kreisen nicht darüber hinwegtäuscht, daß sich die Verhandlungen nur um die Form, nicht aber um den Inhalt der entgegengelegten französischen und englischen Auffassungen in der Reparations- und Ruhrfrage gedreht hätten.

Paris, 21. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Über den Inhalt des englischen Begleitbriefes zu der Antwortnote an Deutschland macht der Londoner Berichterstatter des „Reit Journal“ folgende Angaben: Großbritannien nimmt grundsätzlich das Angebot Deutschlands an, durch eine Sachverständigenkommission die Finanzverhältnisse des Reiches prüfen zu lassen, ohne jedoch anzugeben, auf welche Weise diese Kommission gebildet werden soll.

2. Werden gewisse Anzeigungen in bezug auf die Aufnahme des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet gemacht, doch fordert die englische Regierung die französische Regierung gleichzeitig auf, sich in dem besetzten Gebiet weniger lässig zu verhalten.

3. Die englische Regierung fordert das Kabinett Poincaré auf, mit allen Alliierten über die interalliierten Schulden an Paris und in dem Maße, in dem sie bei der Auslieferung der Ruhrfrage nur im Gemeinschaftlichen mit der Regelung der Frage der interalliierten Schulden geregelt werden können.

Einige Londoner Blätter bringen alarmierende Meldungen, denen begreiflicherweise sehr große Vorsicht entgegengebracht werden muß. So schreibt der finanzielle Mitarbeiter der „Morning Post“, daß aus dem Londoner Dokument kein Grund zu erhellen ist, weshalb die interalliierten Schulden nicht in Gemeinschaftlichen mit der Regelung der Frage der interalliierten Schulden geregelt werden können. Einige Londoner Blätter bringen alarmierende Meldungen, denen begreiflicherweise sehr große Vorsicht entgegengebracht werden muß. So schreibt der finanzielle Mitarbeiter der „Morning Post“, daß aus dem Londoner Dokument kein Grund zu erhellen ist, weshalb die interalliierten Schulden nicht in Gemeinschaftlichen mit der Regelung der Frage der interalliierten Schulden geregelt werden können.

für die Auswertung der Briefingenur sich neue Ansichten ergeben. Noch gemeiner aber ist der Paragraf, der bei Verteilung von Mitteln und Naturwissenschaften mitwirkt, die dazu bestimmt sind, den passiven Widerstand zu verlängern. Also jeder, der die Notlage der schwer betroffenen Ruhrbevölkerung zu lindern beabsichtigt ist, soll von diesen Zweifeln im französischen Haupt unter treuherzigem Strafe genommen werden. Diese Verzerrung ist so leicht geeignet, den Satz und die Gemeingefährlichkeit der Franzosen und ihrer Schützenträger zu illustrieren, die jetzt zu den äußersten Draufgänger greifen, um Lasten zu schaffen, die sie einer Verhandlung über die Beilegung des Ruhrkonfliktes entgegen. Die rechte Antwort wird ihnen die weitere Ruhrsicherung geben, die auch diese Zwangsmaßnahmen tragen wird, in der Hoffnung, daß die gerechte Sache doch noch siegen wird und siegen muß.

## Blünderungen in Breslau.

Breslau, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In schweren Ausschreitungen der streikenden Metallarbeiter kam es gestern nachmittag in der vierten Stunde. Die Streikenden versammelten sich zu Tausenden am Marktplatz und schlugen dort die Schaufenstergehäusen mehrerer Lebensmittel- und Getreidegeschäfte ein, worauf die Wänderung der Geschäfte begann. Besonders Kleingewerbetreibende, Schmied, Metzgereien usw. wurden zerstört. Zahlreiche Epa-Wanderschaften rüsten in Kraftwagen nach dem Marktplatz und zerstörten die Menge, die dann die Kaufstrasse hinunterzog und u. a. in der Büttnerstraße in dem Kleidergeschäft von Adolf Kreuzberg sämtliche großen Schaufenster einschlug. Von hieraus zog die Streikenden nach dem Kino. Die meisten Geschäfte schlossen infolge der drohenden Lage ihre Türen. Im Augustplatz wurden die großen Spiegelgeschäfte der Restaurants und Kaffees durch die Streikenden zerstört und die Einrichtungen demoliert. Die Schieberen dauerten vom späten Nachmittag bis in die Nachtstunden fort, so daß die Schutzpolizei während der Nachtstunden unterwegs war und immer wieder neue Verhaftungen vornehmen mußte. Bei der Zerstörung der Straßen und Wege soll es Tote gegeben haben. Die größeren Lokalfabriken in der Stadt schloßen sich ebenfalls an, beizugehen zu schloßen.

Breslau, 21. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Im Laufe der Nacht kam es noch weiter zu Plünderungen und Unruhen. Der Polizei gelang es, zahlreiche Verhaftungen vorzunehmen. Von der Schloßstraße bis zum Marktplatz wurden mehrere, meist schreibende Personen verhaftet und verschiedene getötet worden. Der Schaden ist unbeschreiblich.

Breslau, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Verband der schloßlichen Metallindustriellen hat die streikenden Belegschaften ausgeperrt. Sämtliche Betriebe ruhen.

## Ein französischer Wütling.

Caen, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Ein französischer Verwalter wollte nur kurzem ein jehnjähriges Schulkind in unerbittlicher Weise. Auf die Frage der deutschen Schöne, ob der Täter einwilligt und bestraft ist, wurde von einem französischen Offizier geantwortet, dies erübrigt sich, da die ärztliche Untersuchung des Kindes ergeben habe, daß es keine Verletzungen davongetragen habe.

Essen, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Hier raubten die Franzosen Beamten der Zehnte Amalien 1 Milliarde Mark Lohngehälter. Die Bezahlung des Vorkriegsbesoldungsbundes und der Staatsanwaltschaft in Essen hat einen Stillstand der Gerichts- und Rechtsprechung herbeigeführt. Mit dem französischen General geführte Verhandlungen der Gerichtschöpfung, welche verlustige, einige Räume des Landgerichtsbüchens zu behalten, blieben erfolglos. Am 18. Juli, 10 Uhr abends, wurde in Datteln ein französischer Soldat angeschossen und schwer verwundet, so daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb. Deutsche kommen als Täter nicht in Frage.

## Nach Belgien verschleppt.

Paris, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Koblenzer Sanasendung haben General Degeotte und der belgische Oberkommandierende beschloßen, nicht zu antworten auf ein Geheiß des Reichsanwalts Dr. Grimm um Zurückführung mehrerer deutscher Beamter, die in Gefängnis des belgischen Gerichts in Ekeren sind nach ihrer Verurteilung durch das belgische Kriegsgericht in das Gefängnis Verriers transportiert worden.

## Wieder zwei Deutschenmorde.

Haarlem, 20. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Von belgischen Horden sind wieder zwei Tote Deutsche erschossen worden, der eine hier, der andere in Mitleiden.

## Drahtlose Ferngespräche in Deutschland.

Breslau, 21. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Die Reichstelegraphenverwaltung hat sich endlich entschlossen, die drahtlose Telephonie in gewissen Grenzen zur Benutzung freizugeben.

Generalrat in Polen? In Warschau beschloß der Zentralrat der polnischen Gewerkschaften, den ausländischen Zertifikatierern ihre Kompetenzen auszubilden und Vorbedingungen zu machen. Generalrat ist zu treffen. Ferner sind 14000 polnische Arbeiter in den Ausland zu schicken. Auch in Kattowitz sind kommunalistische Agitatoren in den Fabriken reger Tätigkeit.

## Englands Hemmnungen.

### Uneinigkeit im Kabinett.

Die ganze bisherige Politik Englands wäre nicht denkbar, wenn nicht innerhalb der Regierung Hemmnungen beständen, die notwendige Entscheidungen stets von neuem hinauszufragen oder umbiegen. Diese Hemmnungen bestehen fraglos in einer Uneinigkeit des Kabinetts über die einzufolgenden Schritte. Der grundsätzliche Gehalte eines besonderen englischen Antwortentwurfs auf die deutsche Note hatte sich schließlich durchzusetzen vermocht, über die weiteren Schritte und offenbar auch über die Form des englischen Entwurfs gehen die Meinungen im Londoner Kabinett noch hin und her. Es gibt unter den britischen Ministern einige, die es unter keinen Umständen zum Bruch mit Frankreich kommen lassen möchten. Man rechnet dazu den Kabinettschef Baldwin selber und neben ihm namentlich Lord Salisbury, sowie Lord Derby. Man kann freilich nicht behaupten, daß Poincaré den englischen Franzosenfreunden ihr Wirken erleichtere. Gerade Lord Derby war es, der bei der jüngsten Denkmals-Einweihung in Frankreich etwas von der „verführerischen Gewalt“ sprach, die nie wieder als Mittel der Politik in Anwendung gebracht werden dürfte. Die verdächtigsten Kommentare der Pariser Presse zeigten, daß man den Ausbruch des französischen-englischen Konfliktes nicht verhindern und auch auf die Ruckstation bezogen hat, wodurch man sich naturgemäß heftig verheißt hätte.

Aber die Entente mit Frankreich ist für jenen Teil des britischen Kabinetts, der ihr unter allen Umständen anhängt, keine Selbstverständlichkeit, sondern der Ausfluß einer politischen Anschauung. Sie wollen unter keinen Umständen von Frankreich lassen, weil sie Englands Sicherheit am besten durch die jegliche Form der Entente gewahrt glauben. Vielmehr entspricht diese Anschauung nicht nur aus der gemeinsamen Abneigung gegen Deutschland, sondern auch aus einer gewissen Bequemlichkeit. Es ist nur natürlich, daß diese Auffassung die Entschlüsse des britischen Kabinetts hemmend beeinflusst. Am Donnerstag wollte das britische Kabinett die vorbereiteten Dokumente, die Frankreich, den anderen Alliierten und den Neutralen unterbreitet werden sollen, endgültig fertigstellen. Das Kabinett beriet über zwei Stunden, aber es kam zu keiner Entscheidung, und das Reutersbüro deutet an, daß die Dokumente vielmehr erst in der nächsten Woche abgehen werden. Auch dann, was man hört, wird der englische Antwortentwurf von einer Denkschrift begleitet sein. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die verheißtete Fertigstellung auch in England einen ungünstigen Eindruck macht. Nach Baldwin's Erklärungen im Unterhause nahm man an, daß die englische Politik Zug um Zug handeln würde. Es waren englische Stimmen, die sogar davon sprachen, daß der Antwortentwurf sofort herausgegeben werde. Damit ist es aber nichts geworden. Der französische Botschafter soll sogar im Auswärtigen-Amt in London vorgeschrieben haben, aber Lord Curzon hat ihn auf seinen Staatssekretär verwiesen. Jetzt stellen die Franzosen es so dar, als ob der Graf Saint-Aulaire die Dokumente habe in Empfang nehmen wollen, sie aber nicht ergötzen konnte. Das ist natürlich lediglich eine französische Fiktion. Man will den Engländern zu Gemut führen, daß auch sie die Dinge verheißten, und eine solche Entlastung ist natürlich für Herrn Poincaré von Vorteil. Er wird sicher nicht verfehlen, gelegentlich auf den Eier seines Bonhomie-Botschafters hinzuweisen.

Die Londoner Meldungen lassen leider nicht erkennen, in welchen Punkten das britische Kabinett uneinig ist. Alles deutet darauf hin, daß die Frage der Schiedsinstanz, die Deutschlands Leistungsfähigkeit feststellen soll, Gemeingut des englischen Kabinetts ist. Hier hat man auch wohl mit Frankreich Fühlung genommen. Die französische Presse bescheinigt sich mit dem Gedanken eines Sachverständigenausschusses, sofern dieser Ausschuss als Untergang der Reparationskommission fungieren würde. In der französischen Presse spricht man aber gleichzeitig sehr ausgeregt von einer „deutsch-englischen Initiative“. Dabei kann man deutlich heraushehren, daß in der Frage des passiven Widerstandes zwischen England und Frankreich starke Gegensätze bestehen. Diese Gegensätze sind offenbar auch im englischen Kabinett selber in der Entscheidung getreten. Man ist sich wohl noch nicht einig darüber, ob und wie man Deutschland nahelegen soll, auf den passiven Widerstand zu verzichten. Die Schwierigkeit liegt auch nicht gering. Denn in England weiß man, daß Deutschland den passiven Widerstand einfaßbar nicht aufgeben kann ohne ihre Klare Forderungen über die Räumung der Ruhr. Frankreich aber möchte an der Ruhr bleiben und gleichzeitig den passiven Widerstand Deutschlands aufgeben sehen. So scheinen die Dinge zu liegen, und wenn davon gesprochen wird, daß England bereit ist, Frankreich große Konzessionen zu machen, so ist die Befürchtung vorhanden, daß der französischenfreundliche Teil des englischen Kabinetts es durchsetzt, daß man Frankreich zuliebe von uns den passiven Widerstand lassen will, ohne sichere Bürgschaften über die Räumung der Ruhr. Die Differenzpunkte zwischen

## Der deutsche Geschäftsträger am Quai d'Orsay?

Paris, 21. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Wie die Morgenblätter berichten, hat ein Besuch des deutschen Geschäftsträgers von Belgien am Quai d'Orsay große Aufmerksamkeit erregt, weil die deutsche Botschaft keine Begegnung der Botschaften zu haben schien, deren Kontakt mit der französischen Regierung zu vermeiden. Jede Auskunft über den Zweck des Besuches wurde abgelehnt. Nach dem „Eclair“ war in Regierungskreisen gestern abend das Gerücht verbreitet, der deutsche Geschäftsträger habe mit dem Reich die Absicht, den deutschen Geschäftsträger in den Niederlanden einzustellen. (?) Andersherum ist es, der Bericht verbreitet, haben bemerkt, daß die geistige Unterhaltung laut amtlicher Auskunft nichts mit der Konversation zu tun hatte.

## Kassierer Widerstand verboten.

Berlin, 20. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Eine neue Verordnung 192 der interalliierten Rheinlandkommission bestimmt, daß jeder mit hohen Geldstrafen oder Gefängnis bestraft wird, der in der Rede behauptet, daß der nach dem Ruhrbescheid erlassenen Beschlüssen der Rheinlandkommission und der Militärbehörden rechtsverwehrlieh seien. Die Bestrafung tritt nicht nur ein, wenn die betreffende Äußerung in der Öffentlichkeit oder Presse gemacht ist, sondern auch jede mündliche oder schriftliche Äußerung wird bestraft, die dazu bestimmt ist, der Bevölkerung übermitteln zu werden. 2. wer bei der Verteilung von Mitteln der Wirtschaften mitwirkt, die dazu bestimmt sind, den passiven Widerstand selbst gegen die Beschlüsse der Rheinlandkommission aufrechtzuerhalten.

Die Folge wird natürlich sein, daß die dunkelsten Elemente, den Spiegel und Berzichten ein neues Feld ihrer gemeinen Tätigkeit nach Grund der Bürger 1 der „Ordnung“ eröffnet wird und

